

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Marienfeld, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von **C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.**  
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Löbnitz (Ami Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 10.  
Druckmaschinen: Volksfreund Erzgebirge.

Das „Erzgebirgische Volksfreund“ enthält täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen Nachrichten über die Ereignisse in der Provinz Sachsen, in den benachbarten Provinzen und in den Nachbarländern. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.

Nr. 140.

Sonnabend, den 18. Juni 1921.

74. Jahrg.

Durch Beschluss vom 27. April 1921 hat die Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 4 Freistellen bei der Landesschule Dresden gestiftet. Die Landesschule ist aus der ehemaligen Kadettenanstalt hervorgegangen.

Zur Zeit umfasst die noch in der Entwicklung begriffene Schule folgende Klassen:

- A) Realschulabteilung:
  - a) Untertertia, die nach Reformlehrplan unterrichtet wird;
  - b) Obertertia bis Oberprima, für die noch der alte Lehrplan von 1902 gilt.
- B) Oberrealschulabteilung:
  - a) Obersekunda;
  - b) (Untertertia) Förderklasse, die besonders begabte Volksschüler nach dem 7. oder 8. Schuljahr aufnimmt und nach einem Sonderplan so weit bringt, daß sie in zwei Jahren für die Untersekunda der Oberrealschule reif werden.

In erster Linie sollen bestimmungsgemäß Schüler ausgewählt werden, deren Väter im Kriege gefallen oder schwer kriegsbeschädigt sind, sowie Söhne von Auslandsdeutschen und von Deutschen aus den abgetrennten Gebieten.

Es ist dabei aber selbstverständlich dringend erwünscht, daß für die neuen Freistellen, die sofort besetzt werden können, nur gut begabte Schüler in Frage kommen.

Bewerbungen sind mit Schulzeugnissen unter gleichzeitiger Darlegung der Familien- und wirtschaftlichen Verhältnisse des Bewerbers

bis 30. Juni 1921

bei der Amtshauptmannschaft einzureichen.

Schwarzenberg, am 16. Juni 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Auf Blatt 246 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Gesellschaft „Schuh-Reparatur-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitze in Löbnitz und weiter eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Mai 1921 errichtet worden.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb von Schuhwaren aller Art in größtem Maße, sowie der Erwerb und Fortbetrieb des unter der Firma Bruno W. Dertel in Löbnitz betriebenen Schuhwarengroßhandels, ferner die Erwerbung gleichartiger oder ähnlicher Unternehmen, die Beteiligung an solchen und die Übernahme deren Vertretung.

Das Stammkapital beträgt einhundertzwanzigtausend Mark.

Herr Bruno W. Dertel bringt das von ihm unter der gleichen Firma in Löbnitz betriebene Schuhwarengroßgeschäft mit den vorhandenen Waren und Außenständen nach dem Stande vom 22. Mai 1921 ein. Diese Einlage wird mit 53 398 Mk. 41 Pf. angenommen und zu diesem Betrage auf seine Stammeinlage angerechnet.

Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Ernst Albert Dertel und Bruno Wally Dertel, beide in Löbnitz.

Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem Geschäftsführer selbständig zu.

Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Kantonsgericht Löbnitz, den 15. Juni 1921.

**Regelung des Verkehrs mit Hausbrandkohle in der Stadt Aue.**

Die Bekanntmachung unserer Drischohlenstelle vom 1. Mai 1920, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Brennstoffen innerhalb des Stadtbezirkes Aue gilt auch für das neue, am 1. Mai 1921 begonnene Kohlenwirtschaftsjahr. Sie räumt sich auf die Bekanntmachung des Reichshohlenkommissars über die Brennstoffversorgung der Landwirtschaft und des Kleinhandels vom 30. Dezember 1920.

Auf die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 gelten die zur Ausgabe gelangten gelben Brennstoffkarten.

Aue, am 16. Juni 1921.

Der Rat der Stadt, Drischohlenstelle.

## Rathenau über die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus.

Vor dem Reparationsausschuss gab der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau längere Erklärungen über den Wiederaufbau Frankreichs ab. Er verdeutlichte die Schwierigkeiten, die sich hieraus ergeben werden.

Die erste Schwierigkeit besteht darin, wie die uns anverlehten Gold- oder Devisenleistungen in Sachleistungen zu verwandeln sind. Die Frage ist, wie der Platzregen, der an Materialbedürfnissen über Frankreich hereinbricht, zu kanalisieren ist, ohne daß seine Jahresaufnahmen während eines Reparationsjahres erheblich übersteigen wird. Frankreich hat einen erheblichen Bedarf an Gold und Devisen. Hier werden Finanzprobleme entstehen, die eines besonderen Studiums bedürfen.

Ferner muß versucht werden, den Index von 26 Prozent durch eine andere Vereinbarung zu ersetzen. Für uns bedeutet er eine Ausfuhrverhinderung. Auf der anderen Seite werden die Dons entwertet, die im französischen Besitz sind. Der Index entwertet fernerhin den deutschen Kredit, denn das Ausland wird sich fragen, was soll aus einem Lande werden, das in demselben Maße bestraft wird, wie seine Außenwirtschaft sich ausdehnt. Es wird aber auch weiter eine Gefahr dadurch entstehen, daß die wechselnden deutschen Regierungen diesen Probleme gegenüber wechselnde Stellungen einnehmen. Es ist verständlich, wenn eine Regierung wie die unsere sagt: Trotz des Index wollen wir die Ausfuhrpolitik fördern. Aber dann könnte eine Regierung kommen, die erwidert: Wegen des Index wollen wir verkaufen, Deutschland auf Binnenwirtschaft zu stellen. Eine solche schwankende Stellung würde nicht nur Deutschland schädlich sein, sondern auch seinen Nachbarn und besonders den Empfangsberechtigten.

Damit hängt das Problem der Goldleistung eng zusammen, oder — für Gold ist immer das Wort „Devisen“ zu setzen, da das effektive Gold ja nicht vorhanden ist —, der Devisenleistung. Ich glaube, daß es möglich und nötig ist, dafür zu sorgen, daß das hartnäckige Devisenkaufen, das uns gegenwärtig obliegt, aufhört. Auch wenn wir imstande sein sollten, diese Devisenmengen auszubringen, so wird die Folge doch eine vollständige Berrüttung des internationalen Geldmarktes sein.

Auf dem Gebiet der Arbeitsleistungen geht die öffentliche Meinung in Deutschland dahin, daß wir imstande sind, einige 100 000 Arbeiter nach Frankreich zu senden. Das wird kaum möglich sein. Von Arbeitern, die hauptsächlich für deutsche Arbeiter in Betracht kommen würden, ist bereits viel gesprochen. Die landwirtschaftlichen Bodenflächen sind, wie es scheint, zu einem hohen Prozentsatz wiederhergestellt. Die Bauarbeiten sind komplizierter, als wir es uns gewöhnlich denken. Wie geben uns leicht der Vorstellung hin: Es könnten neue Städte gebaut werden mit neuen Straßenzügen und neuen typisierten Häusern. Das ist nicht der Fall. Das französische Volk verdient es. Das französische Volk verlangt, der städtische Einwohner will, daß sein Haus auf den alten Fundamenten aufgebaut werde, ohne besondere Dekonomie und Einheitslichkeit. Hier liegt die Schwierigkeit, der Sinn für die Wichtigkeit über die ökonomische Betrachtung. Diesen Tatsachen gegenüber können wir keine Veränderung verlangen. Somit wird der Wiederaufbau nicht möglich sein durch große, neue, typisierte, angelegte Städte, sondern nur ein Teil und Stück in der gleichen immer be-

währten Städten Frankreichs und auf den bestehenden Fundamenten. Als eine Einzelarbeit großen Umfanges und eine Einzelarbeit, bei der es schwer sein wird, Tausende von deutschen Arbeitern in französischen Städten unterzubringen. Ferner ist die Schwierigkeit der wechselseitigen sozialpolitischen Verständigung hinsichtlich der zu entsendenden deutschen Arbeiter. Verständigungen der Gewerkschaften sind in Genf getroffen worden, und wir haben den Wunsch, daß die Absichten der Gewerkschaften sich so bald wie möglich verwirklichen lassen. Es ist auch nicht leicht, das Problem der Wäune zu lösen. Unsere Arbeiter haben Anspruch auf die Höhe des französischen Lohnes. Auf der anderen Seite vermindert sich in gleichem Maße das Interesse Frankreichs an deutschen Arbeitkräften, denn es fragt: Wo liegt für uns der Vorteil? Auch über die schwierige Frage, ferner über die Frage der Verpflegung und Rationierung werden geeignete Regelungen zu treffen sein.

Deutschlands Aufgabe ist es nun zunächst, einen Apparat zu schaffen, der reibungslos diejenigen Aufträge sammelt und annimmt, die uns von Frankreich gegeben werden. Dieses Problem darf nicht unterschätzt werden. Es gibt 2 800 000 Kaufberechtigte, diese alle müssen in der Lage sein, ihre Bestellungen in der richtigen Form an die deutschen Stellen zu bringen. Ferner wird es nötig sein, in Deutschland eine Organisation zu schaffen, die den berechtigten Ansprüchen genügt, die einerseits von den verschiedenen Berufsständen an uns gestellt werden, von denen ein jeder zum Empfang von Aufträgen berechtigt ist. Industrie und Bauwirtschaft sind berechtigt auf Aufträge zu rechnen; aber ebenso ist das Handwerk berechtigt, die Gewerkschaften haben das Recht, sich mit den Aufträgen auf das eingehendste zu befassen, und sie haben das Recht der Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsleistung. Es wird also einer Stelle bedürfen, die außerordentlich vielseitigen Ansprüchen gerecht wird. Daß bisher in dieser Beziehung befriedigende Verhältnisse vorliegen, wage ich nicht zu behaupten. Ich möchte Ihnen, so sagte Rathenau am Schluß, heute noch keine Vorschläge über die Form der Organisation machen, die geschaffen werden muß; aber eines darf ich Ihnen bei allem Respekt vor einzelnen Kriegseinstellungen der Wirtschaft sagen: Weder will ich eine Wäune noch eine GGG haben. Es wird sich also um ein Gebilde handeln, das sich von diesen beiden Organisationen unterscheidet. Die erste Aufgabe ist, daß es funktioniert; die zweite Aufgabe ist, daß es gerecht verteilt und keine Reparationsgewinnler schafft.

### Beschlagnahme aller deutschen Flugzeuge.

Amsterdam, 16. Juni. Aus Paris wird gemeldet:

Obwohl sich die alliierten Sachverständigen noch nicht über den Unterchied von Militär- und Handelsflugzeugen geeinigt haben, entschied der Völkerbund, Deutschland habe die Vertragsbedingungen über den Bau von Flugzeugen verletzt. Zur Strafe wird er alle in Deutschland vorhandenen Flugzeuge beschlagnahmen.

Die Völkerbundskommissionen an alle militärischen Maschinen und 26 v. H. der Verkehrsflugzeuge als Strafe für die Verletzung der Vertragsbestimmungen zu beschlagnahmen. Die übrigen 76 v. H. werden vorläufig in Beschlag genommen, bis Deutschland die Erfüllung der Luftklausel bewirkt hat.

Man erwartet, der Post-, Personen- und Paketdienst zwischen verschiedenen Städten werde aus Mangel an Maschinen sofort eingestellt werden. Deutschland wird sich dem Vernehmen nach mit der Erfüllung der Vertragsbedingungen befassen, um die 75 v. H. der Handelsflugzeuge wieder frei zu bekommen.

### Deutschland soll in Kofferten bezahlen.

London, 16. Juni. In einer bedeutungsvollen Rede befaßt sich der britische Schatzminister und jetzige Vorsitzende des Londoner City- und Midlandbank, Ray Kelton, mit der Wirkung der Reparation auf die unsichtbare deutsche Ausfuhr, namentlich auf die Handelszweige, die einen großen Teil der Stärke Englands aus dem Gebiete des Handels ausmachen. Die Wirkung auf die deutsche Schiffbauindustrie sei klar. Es würden Schiffe auf den deutschen Schiffbauindustrie gebaut und demontiert. Die Frachten und Verfrachtingsgebühren würden jedoch auf dem internationalen Markt stehen. Der 26 prozentige Ausfuhrzoll werde daher tatsächlich eine Prämie von 26 v. H. zugunsten der deutschen Schiffbauindustrie darstellen. Daselbst gelte auch für Banken und Versicherungsgesellschaften. Wenn Deutschland die 160 Millionen Pfund Sterling tilgen könnte, die von ihm für dieses Jahr und das nächste Jahr gefordert werden, so sei es wahrscheinlich, daß im dritten Jahre die deutsche Industrie mit solcher Energie und in solchem Umfange arbeiten werde, daß Deutschland instand gesetzt würde, die gestellten Forderungen zu erfüllen. Dann würde es aber dem internationalen Handel Englands ernstlichen Schaden zufügen. Wenn andererseits Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, so bedeute dies Rückfall in die Verhältnisse politischer Unordnung, bis dem Frieden so gefährlich und dem Wiederaufleben des Handels so schädlich seien. Man zwinge Deutschland, unter Bedingungen zu leben, die es ihm ermöglichen, England aus ausländischen Märkten zu verdrängen.

Ray Kelton schlug vor, von Deutschland zu fordern, daß es nach England, Frankreich und dem übrigen alliierten Ländern, je nach dem Bedürfnis dieser Länder, Koffeln, wie Koffeln, Koffeln und Zucker sende, die es allein in großen Mengen erzeugen. Dadurch würde viel deutsches Kapital und viel deutsche Arbeit aus dem Ge- webe herausgezogen und für die Erzeugung der Materialien herangezogen werden müssen, die die Länder, denen Deutschland helfen benötigten. Durch Deutschlands Mittel könne übrigens nicht ein so hohe Summe von 400 Millionen Pfund im Jahre erzielt werden. Aber es würde wenigstens der britische Handel nicht so gefährdet werden.

### Lord George kritisiert den Völkerbund.

London, 16. Juni. Lord George erklärte in einer auf dem Ball der Methodistengemeinschaft gehaltenen Rede, es bestehe wirklich Gefahr, daß, wenn nicht etwas mehr getan werde, um die öffentliche Meinung in den zivilisierten Ländern der Welt zu belehren, der Völkerbund ein neues Leben für Unfrieden und Streitigkeiten werden würde. Es könnten im Grunde Parteien und Gruppen gebildet werden, und eines Tages, wenn die Welt auf der einen Seite habe und die Macht auf der anderen, werde man sehen, daß die Streitigkeiten des Völkerbundes nur zu den größten je reg lebten Konflikten geführt hätten. Lord George fügte, er sei noch weiter gegangen, wenn er sehe, daß trotz der Lehren des großen Königs der Welt nationaler Dassen, — Gerechtigkeit und der vollkommensten Gerechtigkeit